

Abtreibungsinitiative spaltet SVP, FDP und CVP

Das Volksbegehren verlangt, dass Frauen, die abtreiben, selber dafür aufkommen sollen. Heute stimmt der Nationalrat darüber ab.

Von Claudia Blumer

Die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» wolle nicht an der Straflosigkeit der Abtreibungen rütteln, sagen die Initianten, angeführt von SVP-Nationalrat Peter Föhn, Alt-CVP-Nationalrätin Elvira Bader und der Genfer EVP-Politikerin Valérie Kasteler-Budde. Sie solle lediglich verhindern, dass Prämienzahler Abtreibungen mitfinanzieren müssen, die sie aus ethischen Gründen ablehnen. Das überparteiliche Gegnerkomitee unter CVP-Frauen-Präsidentin Babette Sigg sieht das anders: «Abtreibungen kosten jeden Prämienzahler im Jahr 20 Rappen. Den Initianten geht es darum, Abtreibungen zu verhindern.» Das zeige auch die Tatsache, dass Vertreter religiöser Gruppierungen im Initiativkomitee sitzen.

«Unsolidarisch, kontraproduktiv»

Im Nationalrat dürfte die Initiative heute für emotionale Debatten sorgen. Selbst die im Initiativkomitee vertretenen Parteien SVP, FDP und CVP sind sich bei der Frage der Abtreibungsfinanzierung uneinig. Die CVP stellt mit Elvira Bader und Babette Sigg sogar die Präsidentinnen der beiden Komitees für und gegen die Initiative. Und mit Jakob Büchler und Marianne Streiff (EVP) sitzen zwei CVP-Fraktionsmitglieder im Initiativkomitee.

Die Fraktion ist jedoch mehrheitlich gegen das Begehren. CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer wird heute im Plenum als Sprecherin der Gesundheitskommission die Gegenargumente nennen: Das Sparpotenzial sei minim, bei vermehrten indirekten Kosten durch illegale Abtreibungen sei die Initiative sogar kontraproduktiv. Das Argument der Initianten, die Prämienzahler sollen keine Leistungen subventionieren, die sie nicht unterstützten, sei ausserdem unsolidarisch: «Was wird als Nächstes gestrichen? Raucherkosten?» Schliesslich würde die Initiative jene Frauen am stärksten treffen, die sich in einer Notlage befinden und finanziell wenig Spielraum haben. Auch Parlamentarier der SVP sind sowohl im Initiativ- als auch im Gegnerkomitee vertreten: Peter Föhn ist der Urheber der Initiative, Nadja Pieren engagiert sich dagegen. Fraktionsintern haben auch Céline Amaudruz, Felix Müri und This Jenny gegen die Initiative gestimmt, drei haben sich enthalten. Während Müri noch unschlüssig ist, wie er heute im Plenum stimmen wird, lehnt Jenny die Initiative vehement ab: «Ich sehe nicht ein, warum wir am Volksentscheid zur Fristenlösung von 2002 rütteln sollten. Wir haben grössere Probleme.» Von der FDP sitzen die Alt-Nationalräte Werner Messmer und Edi Engelberger im Initiativkomitee, trotzdem lehnt die Fraktion der Freisinnigen die Initiative fast geschlossen ab. Noch hin- und hergerissen ist der St. Galler Nationalrat Walter Müller: Er habe die Fristenregelung befürwortet, sagt er. Vom liberalen Standpunkt her müsse man aber auch die Kosten privatisieren. Doch zuerst wolle er einige Fragen geklärt haben.